

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden  
Verleger: Carl Neubauer  
Karl-Neubauer-Druckerei  
Königsplatz 10  
Telefon 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 31. Januar 1928 bei 14.1. monatlicher Auslieferung (frei Haus) 1.20 Mk.  
Anzeigen-Preis für 10 Zeilen 1.00 Mk.  
Einzelnummer 10 Pfennig

Verantwortung und Herausgeber:  
Carl Neubauer  
Königsplatz 10  
Telefon 20 011

Wachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. „Dresdner Nachr.“ unächte Uebersetzungen werden nicht aufbewahrt.

## Einigung Stresemanns mit Woldemaras. Die Osttagung der Deutschen Volkspartei. — Bürgerlicher Wahlerfolg in Mecklenburg.

### Unterzeichnung des Schiedsvertrages mit Litauen.

Berlin, 29. Januar. Wie wir erfahren, sind die Verhandlungen zwischen dem Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, und dem litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras über den deutsch-litauischen Schiedsgerichtsvertrag gestern zum Abschluß gebracht worden. Reichsaussenminister Dr. Stresemann wird morgen im Reichstage eine große außenpolitische Rede halten, in der er auch über die Verhandlungen mit dem litauischen Ministerpräsidenten und den Schiedsgerichtsvertrag berichten wird. Gleichzeitig ist in einigen der weiteren Fragen, die zur Beilegung standen, eine Einigung erzielt worden, bis auf die Frage des Handelsvertrages, die in weiteren Besprechungen geklärt werden soll.

Woldemaras ist gestern abend 6.40 Uhr, begleitet von seiner Gattin und dem Ministerialdirektor im litauischen Außenministerium, Dr. Janaitis, vom Bahnhof Friedrichstraße wieder nach Romno abgereist. Zum Abschied hatten sich der hiesige litauische Gesandte, Edzikuškas, mit dem gesamten Personal der Gesandtschaft, der litauische Generalleutnant Fischer und Gattin, zahlreiche Mitglieder der hiesigen litauischen Kolonie sowie deutscherseits der deutsche Gesandte in Romno, Mohrath, der Chef des Protokolls, Gesandter Akter, und Graf von Bassewitz vom Auswärtigen Amt am Bahnhof eingefunden.

### Stresemann Ehren doktor der Universität Heidelberg.

Heidelberg, 29. Januar. Die Staatswissenschaftliche Kommission der philosophischen und juristischen Fakultät der Universität Heidelberg hat unter dem 25. Januar 1928 dem verantwortlichen Leiter der Außenpolitik, Herrn Reichsaussenminister Dr. Gustav Stresemann, Titel und Würde eines Doktors der Staatswissenschaften ehrenhalber verliehen.

In der von dem Vorsitzenden der Kommission, Professor Andreas, unterzeichneten Urkunde heißt es, daß die Verleihung der Würde des Ehren doktors an den Reichsaussenminister erfolgte, weil er hoch verdient um die Befestigung von Staat und Wirtschaft, durchdrängen von Deutschlands Recht auf Leben und Freiheit, mutig und trotz aller Widerstände und Rückschläge als Bahndreher einer Vorklärung der geistigen Annäherung und friedlichen Verständigung der Völker sich eingesetzt und weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus Achtung und Ansehen errungen hat.

### Volkspartei und Neuwahlen.

Berlin, 29. Januar. In der heute abgehaltenen Reichstagskommission der Deutschen Volkspartei erklärte der Parteivorsitzende, Dr. Scholla, unter anderem: Die Deutsche Volkspartei hat durchaus kein besonderes Interesse an einem heftigen Wahlkampf. Es ist kein wünschenswerter Zustand, wenn sich, wie diesmal, bereits lange Zeit vor den Neuwahlen, eine Wahlschule bemerkbar macht. Staatspolitisch haben wir kein Interesse daran, solche Tendenzen zu fördern. Die Deutsche Volkspartei steht aber nicht allein. Gerade heute tagt der Reichsausschuss des Zentrums, von dessen Beschlüssen es wesentlich abhängt, ob wir schon bald oder erst später in einen Wahlkampf eintreten müssen.

### Volksparteiliche Proteste gegen Cremer.

Berlin, 29. Jan. In der Erörterung des Reichstages hatte bekanntlich der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Cremer eine Rede gehalten, die nicht nur wegen ihres einseitig-unilateralen Charakters, sondern auch wegen ihrer harschen Kritik am Reichsausschuss keineswegs die Billigung der Mehrzahl seiner Fraktion gefunden hatte. Jetzt wird bekannt, daß zahlreiche Ortsgruppen der Deutschen Volkspartei sowie die Landesgruppe München an die Reichstagsfraktion Protestschreiben gegen die Cremer'sche Rede geschickt haben. Es dürfte in erster Linie übrigens auch die Rede des Abgeordneten Cremer sein, die der Reichstagskanzler Dr. Marx amnest hat, als er vor einigen Tagen in einer Besprechung mit den Fraktionsführern darauf hinwies, daß es nicht opportun sei, wenn die Redner der eigenen Regierungskoalition mit den Rednern der Opposition in der Bekämpfung des Etats wetteifern.

### Reichs'agsneubau oder Abgeordnetenenabbau

Berlin, 29. Jan. Wie die Z. U. aus parlamentarischen Kreisen erfährt, sind die Beratungen über den Aufbau des Reichstagesgebäudes in den letzten Tagen etwas ins Stocken gekommen, weil die erforderlichen Kosten angeht, der sonst in der Reichsverwaltung durchgeführten Einschränkungen außerordentlich hoch werden. Auch ohne ein Gutachten des Sparkommissars wird man erkennen können, daß die von verschiedenen Seiten vorgeschlagene Verminderung der Mitgliederzahl von 493 auf 400 den gesamten Neubau überflüssig machen würde und außerdem den Reichstag ungenügend machen würde, sich mehr als bisher auf das wesentliche zu beschränken. Die für den Neubau erforderlichen 1,9 Millionen Mark brauchten dann nicht erhoben zu werden.

### Das Ergebnis der Wahlen in Mecklenburg-Strelitz.

Neustrelitz, 29. Januar. Die Neuwahlen zum Mecklenburg-Strelitzer Landtag fanden heute unter außerordentlich harter Beteiligung statt. Im Gegensatz zu der vorjährigen Wahl, bei der die Beteiligung etwa 65 Prozent betrug, gingen heute rund 80 Prozent der Wähler an die Wahlurne. Im einzelnen entfielen, soweit die bisherigen amtlichen Feststellungen ergeben haben, an Stimmen und Mandaten auf die Parteien folgende Zahlen:  
Sozialdemokraten 19 264 Stimmen (19 Mandate),  
Haus- und Grundbesitz 1558 Stimmen (1 Mandat),  
Kommunisten 1564 Stimmen (2 Mandate),  
Handwerk und Gewerbe 5172 Stimmen (4 Mandate),  
Deutschnationale 10 606 Stimmen (9 Mandate),  
Aufwertung und Volksrechtspartei 1886 Stimmen (1 M.),  
Deutsche Volkspartei 1825 Stimmen (1 Mandat),  
Bereinigter Erbpächter 1414 Stimmen (1 Mandat),  
Christlich-sozialer Volksbewegung 1960 Stimmen (1 M.),  
Demokraten 2862 Stimmen (2 Mandate).  
Das Gesamtergebnis läßt sich wie folgt zusammenfassen: Die bürgerlichen Parteien eroberten den 20. Sitz, während sie vor einem halben Jahr nur 19 Sitze inne hatten. Ziffernmäßig verlieren die Mittelparteien zugunsten von Wirtschaftsprüfungsgremien. Die Sozialdemokraten haben von den Kommunisten einen Sitz erhalten, der andere Sitz ist von den marxistischen Parteien zu den bürgerlichen gegangen.

### Bazille zu seiner Berliner Rede.

Stuttgart, 28. Jan. Im Württembergischen Landtage beantwortete Staatspräsident Bazille die sozialdemokratische Anfrage über seine Rede auf der Berliner Länderkonferenz. Zunächst las der Staatspräsident die bestandenste Stelle seiner Rede vor und stellte sodann fest, daß es unwahr sei, daß er mit Krieg gedroht hätte. Die deutsche Geschichte spräche dafür, daß man, wenn man das Reich machtlos mache, ein Raub fremder Mächte werde. Wenn das Reich auseinanderfiele, wisse man, was dann Polen mit Ostpreußen machen würde. Klar sei es dann auch, daß Rußland und England nicht ruhig zusehen würden. Das würde den kontinentalen Krieg bedeuten. Bazille schloß, er habe von seinen Berliner Ausführungen kein Wort zurückzunehmen.

### Saatenlassung Röltchers.

Leipzig, 29. Januar. Der 5. Straßentag des Reichsgerichts entschied über die Haftbeschwerde Fritz Röltchers von der „Menschheit“. Die Entscheidung fiel dahin, daß der Haftbefehl zwar in Kraft bleibt, Röltcher jedoch auf freien Fuß gesetzt wird, unter der Voraussetzung, daß er eine Sicherheitssumme von 10 000 Mark stellt und zwei Personlichkeiten nennt, die sich für eine weitere Kaution in der gleichen Höhe verbürgen.

## Die Auseinandersetzung im Zentrum.

### Schärfere Betonung der sozialen Einstellung.

Berlin, 29. Jan. In der heutigen Sitzung des Reichsparteiausschusses des Zentrums, an der u. a. alle dem Zentrum angehörenden Mitglieder der Reichsregierung und der preussischen Regierung und die Abgeordneten Dr. Wirth, Imbusch und Stegerwald teilnahmen, erstattete Reichstagskanzler Dr. Marx, der als Parteivorsitzender die Versammlung leitete, ein längeres Referat, indem er ein Bild der Mitarbeit des Zentrums an dem Wiederaufbau des Reiches entwarf. Das Zentrum habe sich seit 1919 nie der Mitarbeit entzogen. Die deutsche Außenpolitik werde im Reichstage jetzt von einer großen Einheitsfront getragen. Innenpolitisch sei unter Mitwirkung des Zentrums das Reich aus den Krisenankünten zur Konsolidierung herausgeführt worden. Die deutsche Republik sei heute gesichert. Rangsam beginne sich der Wohlstand des Volkes zu bessern. Die deutsche Außenpolitik müsse auf dem in Vercano beschrittenen Wege fortgeführt werden. Das Zentrum werde dies stets als seine vornehmste Aufgabe betrachten. Innenpolitisch stellte Dr. Marx mit besonderem Nachdruck fest, daß das Zentrum die Verfassung und die gegenwärtige Staatsform beibehalten. Es sei absolut falsch, wenn man in dieser Frage Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Zentrumsfraktion konstatieren wolle. Hinsichtlich der Wahlrechtsfrage wies Dr. Marx auf die Mängel des bestehenden Wahlrechts hin, wobei er erkennen ließ, daß diese Mängel von dem gegenwärtigen Reichstage nicht mehr geändert werden können. In bezug auf

die kürzlich abgehaltene Länderkonferenz erklärte Dr. Marx, trotz aller Meinungsverschiedenheiten habe sich auf ihr jedoch Einmütigkeit darüber ergeben, daß eine starke Reichsgewalt unerlässlich sei. Der vom Zentrum einvernehmlich beschlossene von neun Mitgliedern wurde hoffentlich bald seine Vorschläge vorlegen können.

### An der Aussprache

im Reichsausschuss der Zentrumsfraktion teilnahmen sich die Abgeordneten Joss, Nitzka, Schreiber, der preussische Wohlfahrtsminister Strickler und zahlreiche Delegierte aus dem Lande. Wie wir aus Zentrumskreisen erfahren, ergab die Aussprache vollkommene Einmütigkeit über die Stellung des Zentrums zur republikanischen Staatsform. Die Spannungen innerhalb der Partei, die in offener Aussprache behandelt wurden, liegen vielmehr auf sozialem Gebiete, wie aus den Ausführungen namentlich der Vertreter der Arbeiterschaft hervorging. Aus den Kreisen der Versammlungsteilnehmer verlautet aber, daß von allen Seiten das ernste Bestreben in die Erscheinung trat, über die gegenwärtigen Spannungen hinwegzukommen. Eine längere Entschleunigung, die diese Fragen und die gegenwärtig im Vordergrund stehenden politischen Aufgaben behandelt, wurde schließlich unter lebhaftem Beifall der Versammlung einstimmig angenommen.

## 30 Millionen für die Landwirtschaft.

### Eine erste Vormaßnahme.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Dem aus Landwirtschaftskreisen vielfach geäußerten Wunsch, die Rentenbank-Grundschuldzinsen ganz oder auch nur zum Teil aus öffentlichen Mitteln zu übernehmen, hat die Reichsregierung aus allgemeinerpolitischen Gründen verschiedener Art nicht entsprechen können. Sie ist jedoch bereit, zur Behebung der gegenwärtigen außerordentlichen Notstände in der Landwirtschaft zwecks Sicherung der rationellen Fortführung der Betriebe einen einmaligen Betrag von 30 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

Der Reichstag wird dazu in der aller nächsten Zeit Stellung zu nehmen haben. Wenn die Maßnahmen ihren Zweck voll erreichen sollen, wird die Reichsregierung in die Lage versetzt werden müssen, über diesen Betrag sofort zu verfügen.

### Ein Aufruf des Reichslandbundes.

(Druckmeldung unter Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 29. Jan. Die Vertreterversammlung des Reichslandbundes hat heute einstimmig folgenden Aufruf des Reichslandbundes gutgeheißen:  
„Deutsches Bauernum war seit jeder die Quelle der Erneuerung des Volkes. Der deutsche Bauer erhielt mit seinen Kindern den Städten das Leben. Des deutschen Bauern Grund und Boden rettete das deutsche Volk durch die Rentenmark.  
Jetzt ist der deutsche Bauer am Ende seiner Kraft. Er muß Steuern zahlen, auch wenn er in Schulden verfallen. Er trägt die größten Schulkosten. Seine Kinder aber ver-

lieren Heimat und Scholle. Er schafft an Früchten, was der Städter braucht, aber wirtschaftliche Unvernunft ebnet der ausländischen Ware den Weg. Er hält die Landstrassen in Ordnung, aber andere gefährden sie. Er bekommt für sein Vieh einen Bruchteil von dem, was der Städter bezahlt. Er erarbeitet mit Frau und Kind seinen hohen Zins, während die Bauernfamilien das Elend packt. Jahr um Jahr hat der Landbund gewarnt, gemahnt, Anträge gestellt und Forderungen erhoben. Regierungen und Parlamente haben nicht auf ihn gehört. Mit halben Mitteln hat man das Elend verlängert. Ein Teil der Bauern ist bereits vernichtet, ein anderer wird es morgen sein. Noch einmal haben wir jetzt den Regierungen ein Programm in die Hand gegeben, das die Lage wenden kann. Wir fordern darin Beilegung aller Lasten, die das Landvolk den anderen Berufsgruppen voraus zu tragen hat, Umwandlung des landwirtschaftlichen Kredits auf tragbare Zinssätze, Schaffung auskömmlicher Preise für die Erzeugnisse der Landwirtschaft, Verhinderung aller Einfuhr, die das deutsche Volk nicht unbedingt zum Leben bedarf, Schaffung der Möglichkeit, Löhne zu zahlen, die die Landflucht eindämmen, Umgestaltung des gesamten Sozialrechtes in einer Weise, die der Landarbeit wieder ihren Wert gibt. Wir rufen alle, die das Wohl des Vaterlandes auf dem Herzen haben, zur Hilfe auf. Stirbt der Bauer, dann stirbt die deutsche Nation. An die deutschen Bauern aber geht unser Ruf:

„Kauft nicht, was ihr nicht bar bezahlen könnt!  
Nehmt keinen Pfennig neue Schulden an! Steuerzahlung an der Gabelspitze lehnen wir ab. Galtet zum Landbund! Fordert an eure wirtschaftliche und politische Macht! Tragt den Kopf hoch mit gutem Gewissen, dann rettet ihr euch, dann rettet ihr das Vaterland!“